

**Debatte um Radschnellwege.** Ein erster Planungsentwurf für das künftige Berliner Radverkehrsnetz sieht eine Streckenführung auch durch Grünanlagen und Fußgängerzonen vor ([wir berichteten](#)). In der City West könnten Radschnellwege durch den Schlosspark Charlottenburg, den Volkspark Wilmersdorf, die Jungfernheide und die Fußgängerzone in der Wilmersdorfer Straße führen.

**Darum geht es jetzt auch im „Thema des Monats“** auf der [Webseite des Bezirks](#). Die etwas provokante Frage stammt von der FDP-Fraktion: „Rad- gegen Fußverkehr? Wie verträglich sind Radwege in Grünanlagen und Fußgängerbereichen, beispielsweise in der Wilmersdorfer Straße?“ Alle Fraktionen nehmen dazu Stellung. Wir fassen die Beiträge hier zusammen.

**Jürgen Murach** (SPD) betont, seine Partei habe „mit dem Mobilitätsgesetz Instrumente geschaffen, damit das Radfahren und das zu Fuß gehen attraktiver und sicherer werden“. Allerdings dürften Radwege nicht zulasten der Fußgänger:innen gehen. Die SPD-Fraktion kritisiere die Ideen der senatseigenen Infravelo GmbH und sei erstaunt darüber, dass „ausgerechnet unter einer grünen Senatorin Entwürfe vorgelegt werden, die sogar Radwege des Vorrangnetzes durch ein Vogelschutzgebiet vorsehen“. Radwege „gehören in das Hauptverkehrsstraßennetz“. Die Fußgängerzone in der Wilmersdorfer Straße sei kein breiter Boulevard und wegen der hohen Passantendichte ungeeignet. Höchstens einen nächtlichen Radverkehr hält Murach für denkbar.

**Laut Christoph Brzezinski** (CDU) muss „das möglichst konflikt- und gefahrarme Miteinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmer immer an erster Stelle stehen“. Also verbiete es sich, Radwege in Fußgängerzonen oder anderen verkehrsberuhigten Bereichen zu planen. Dies würde „nicht nur unvermeidbar zu Konflikten, sondern auch zu Gefahren für die Fußgänger führen“. Deren Sicherheit sollte auch in Grünanlagen „immer Vorrang haben“. Die CDU-Fraktion könne sich allerdings vorstellen, die Fahrradnutzung „auf dafür geeigneten und gesondert ausgewiesenen Wegen“ zu erlauben, wenn ein Park von der Größe und Lage her geeignet erscheine.

**Alexander Kaas Elias** (Grüne) wirft der FDP vor, mit ihrer Fragestellung den „Umweltverbund“ aus Zufußgehen, Radfahren sowie Bahnen und Bussen gegeneinander auszuspielen. Berliner:innen seien meistens auf diese Weisen unterwegs. „Warum wird dem Auto trotzdem immer noch etwa 60 Prozent des Platzes in der Stadt eingeräumt?“ Dieser Anteil müsse reduziert werden. Das Radwegenetz im Bezirk „weist einige Lücken auf“. Die Verbände BUND, ADFC City West, Netzwerk Fahrradfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf und VCD Nordost hätten „hervorragende“ Vorschläge für ein Radnetz erarbeitet, das auch die Belange von Fußgänger:innen berücksichtige.

**Fahrradrouten, die „keinen Verkehrsteilnehmer benachteiligen“**, fordert **Felix Recke** (FDP). Neue oder verbreiterte Radwege durch Grünanlagen, Einkaufsstraßen und Fußgängerzonen seien ungeeignet und gefährlich. „Die Interessenvertreter für Fußgänger weisen zu Recht darauf hin, dass Parkwege den Bürgerinnen und Bürgern zur Erholung dienen und Fußgängerzonen gerade zum Flanieren und entspannten Einkaufen angelegt wurden.“ In der Friedrichstraße in Mitte habe sich gezeigt, dass die Aufenthaltsqualität und „die Lust am Einkaufen“ zurückgingen. Doch selbst für Radfahrer:innen seien angedachte Strecken wie durch die Wilmersdorfer Straße mit Nachteilen verbunden. Nach dem Mobilitätsgesetz habe der Fußverkehr theoretisch Vorrang. Wo sich dieser mit Radwegen kreuze, würden Radler:innen also wohl „durch Bodenwellen behindert“. Sie müssten „sehr langsam fahren oder sogar absteigen“.

**„Um knappe Güter entstehen Verteilungskämpfe“**, schreibt **Jan von Ertzdorff-Kupffer** (AfD). In Berlin gehe es dabei zunehmend um den öffentlichen Raum. In Fußgängerbereichen gebe es „besondere Sicherheitsbelange“, dort sei „eine völlig andere Geschwindigkeit“ als auf Straßen und Radwegen zu beachten. Ausnahmen in Grünanlagen oder Fußgängerzonen halte die AfD-Fraktion nur für möglich, wenn „der Verkehrsfluss stabil und sicher bleibt“. Auf gegenseitige Rücksichtnahme sollte man sich nicht verlassen. In öffentlichen Parks müssten auch „das Bedürfnis nach Ruhe und der Grünflächenschutz“ beachtet werden.

**Obwohl der Rad- und Fußverkehr zunehme**, „halten fast alle Parteien immer noch krampfhaft fest an der autogerechten Stadt“, kritisiert **Frederike-Sophie Gronde-Brunner** (Linke). Die „ideologische Grundhaltung“ der FDP laute offenbar: „Auto first, alle anderen second“. Mit dem Mobilitätsgesetz werde der öffentliche Raum erstmals umverteilt, um „Klimaschutz nachhaltig voranzutreiben“. Flächen, die bisher allein dem Auto vorbehalten sind, müssten „umgewidmet und neugestaltet werden“ – auch um „Begegnungszonen“ zu schaffen. Bei absehbaren Nutzungskonflikten wie in der Wilmersdorfer Straße sollten „Anwohner:innen und Verbände in die Planung alternativer Wegführungen“ einbezogen werden.